Berlin spart seine Zukunft krank!

Stellungnahme der Fachschaftsinitiative Medizin, Fachschaft Zahnmedizin & Fachschaftsinitiative Angewandte Hebammenwissenschaften zu den geplanten Einsparungsmaßnahmen des Landes Berlin an der Charité- Universitätsmedizin Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder im Abgeordnetenhaus von Berlin,

wir Studierende haben die vorgeschlagenen Einsparungsmaßnahmen im Hochschulbereich in den letzten Wochen mit großer Sorge mitverfolgt. Die Charité hat nun ihr Modell zur Realisierung der vom Land auferlegten Einsparungen vorgebracht, welche über den einmaligen Abbau von Studienplätzen hinausgehen. Die angedachten Einschränkungen des Studienangebotes bedeuten eine **schwere Zäsur für Gesundheit und Wissenschaft**.

Das selbsterklärte Ziel der Landesregierung im aktuellen Koalitionsvertrag, den ***Gesundheitsstandort Berlin als Hauptstadt der Medizin* zu stärken und auszubauen, ist nicht erreichbar** in Zeiten eines sich verschärfenden Fachkräftemangels im Gesundheitswesen und gleichzeitiger Sparpolitik in der Ausbildung des medizinischen Fachpersonals. (1)

Sparpolitik an der Charité: Ein Risiko für ganz Berlin

Als angehende Ärzt*innen empfinden wir es als äußerst riskant für die zukünftige medizinische Versorgung, Einsparungen an der Charité vorzunehmen, die nicht nur in einer quantitativen **Reduzierung der Studienplätze** resultieren, sondern auch **unvermeidbare qualitative Einschnitte der Ausbildung** bedeuten werden. Es steht zu befürchten, dass dadurch nicht nur die Attraktivität des Hochschulstandorts, sondern auch die medizinische Versorgung der Region sukzessive geschwächt wird. Als Hauptstadt mit Strahlkraft in den internationalen Raum, wird damit ein fatales Signal gesendet - nicht nur an werdende Ärzt*innen und den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern auch an kooperierende Forschungs- und Wissenschaftsstandorte sowie die gesamte Bevölkerung. Aus unserer Perspektive erfährt Berlin damit eine **erhebliche Schwächung der Konkurrenzfähigkeit** im Hochschulkontext und **riskiert in Folge weitere Fördermittel** als Finanzierungsquellen zu verlieren.

Als Studierende der Gesundheitsberufe stellen wir daher die **Frage, wie handlungsfähig und steuerbar Berlin noch ist**, wenn Entscheidungen getroffen werden, deren langfristige Folgen für den Standort absehbar negativ sind – und dabei den eigenen erklärten politischen Zielsetzungen widersprechen.

Angst der Studierenden: Auswirkungen der Einsparungen fataler als angenommen

Wie im Koalitionsvertrag bereits richtig festgehalten wurde, benötigen die Hochschulen eine verlässliche und angemessene Finanzausstattung, um eine **Planungssicherheit in der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre** zu gewährleisten. Um so mehr hat uns daher die Ankündigung überrascht, dass, nachdem der Berliner Senat dem Entwurf des sogenannten Charité-Vertrags erst vor weniger als zwei Jahren zugestimmt hat, die Einsparungen den schon laufenden Haushalt treffen sollen. Mit einer geplanten Laufzeit bis 2028 sollten mit diesem die Landeszuschüsse jährlich um fünf Prozent wachsen und hätte damit auch einen Schritt in Richtung eines **längst überfälligen Inflationsausgleichs** bedeutet. Stattdessen hat der Zuschuss für das Jahr 2025 sogar eine negative Entwicklung in Höhe von sieben Prozent erfahren und fällt für 2028 nur knapp über der Summe vom letzten Jahr aus. Nach den letzten großangelegten Kürzungen hat es über zwei Jahrzehnte gedauert, die Zuwendungen an die Charité wieder auf das nominelle Niveau von 2002 zu bringen. Inflationsbereinigt entspricht das jedoch nur noch 66 Prozent der ursprünglichen Kaufkraft.

Langfristig erhält die Charité nach aktuellem Verhandlungsstand 16 Prozent weniger als ursprünglich vertraglich zugesichert, was für uns einen klaren Vertrauensbruch darstellt. Anstelle von den angestrebten Weiterentwicklungen in der Lehre befürchten die Studierenden nun in Abweichung zu den aktuellen Sparplänen, dass in den kommenden Semestern ein **weiterer Abbau der Studienplätze oder ganzer Studiengänge nötig** sein wird.

Medizinische Exzellenz ist kein Selbstläufer

Der **Modellstudiengang Medizin**, mit dem Berlin durch die inhaltliche Verzahnung grundlagenwissenschaftlicher und klinischer Lehre schon vor 20 Jahren Maßstäbe setzte, wird durch diese Einsparungen **in seiner Umsetzbarkeit und didaktisch abgestimmten Abbau ebenso gefährdet**, wie die notwendigen Überarbeitungen in Hinblick auf eine neue ärztliche Approbationsordnung. Nicht nur unter Mediziner*innen stand die Charité bisher immer für eine praxisnahe Lehre und richtete entsprechend Lehrinhalte bestmöglich auf den späteren ambulanten oder klinischen Arbeitsalltag aus. Dafür benötigen die Studierenden aber auch weiterhin in **ausreichender Menge praktischen Unterricht in Kleingruppen**, um ihr berufliches Handwerk erlernen zu können. Ebenso benötigt es dafür einen Campus, welcher **im erforderlichen Maß modern ausgestattete Räumlichkeiten und funktionsfähige Materialien** bieten. Schon jetzt ist aber **standortweise ein mangelhafter Zustand bemerkbar**, der eindrücklich das Qualitätsmaß beeinträchtigt. Mit den geplanten Kürzungen ist hier keine Besserung, sondern eher eine weitere Zuspitzung der momentanen Lage absehbar.

Prekäre Arbeitsverhältnisse gefährden die Zukunft der Lehre

Besonders möchten wir hervorheben, dass mit Bruch des Hochschulvertrags nicht nur die dringend benötigten Gelder für Investitionen wegfallen, sondern damit auch **starke, wichtige Zeichen für die Hochschullandschaft nichtig gemacht** werden. Neben Vereinbarungen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit, sollte der Vertrag auch den Anteil an weiblichen Personen in Führungspositionen erhöhen und eine Absicherung für wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an der Fakultät bedeuten. Die **Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen arbeitet häufig unter prekären Arbeitsbedingungen und in befristeten Beschäftigungsverhältnissen**, tragen dennoch mit enormem Engagement die Lehre, Forschung und klinischen Aufgaben. Die geplante Weiterbeschäftigung und Verringerung von befristeten Arbeitsverträgen hätten eine Absicherung des akademischen Mittelbaus bedeutet, die nun als Resultat einer Ressourcenminderung stark durch weitere Einschnitte gefährdet ist. Wenn finanzielle Einschnitte **die berufliche Perspektive des akademischen Nachwuchses gefährden**, steht nicht nur die Qualität der Lehre auf dem Spiel, sondern besonders die personelle Zukunft der Universitäten. Sorgen um die eigene berufliche Perspektive gesellen sich somit zu der **ohnehin bestehenden psychischen Belastung im Studium** der akademischen Gesundheitsberufe. (1, 2)

Die interprofessionelle Gesundheitsversorgung - schon wieder aufgegeben?

Die geplanten Streichungen von Studienplätzen an der Charité untermauern bei Studierenden das **Gefühl von fehlender Wertschätzung** der akademischen Gesundheitsberufe. Nachdem die Fakultät in den letzten Jahren ihr Profil durch die Gründung neuer Studiengänge, wie die **Angewandten Hebammenwissenschaften**, bedeutend geschärft hat, um dem Gedanken eines interprofessionellen Gesundheitscampus einen Schritt näher zu kommen, droht insbesondere jenen neuen Studiengängen **existentielle Rückschläge in den Studienplatzzahlen um bis zu 50 Prozent**. Damit wird insbesondere die wissenschaftlich gestützte Ausbildung von Hebammen wieder abgebaut, obwohl selbst mit der ursprünglichen Zusage von 60 Studienplätzen, der Hebammenmangel hoch akut bleibt. **Die Nachfrage nach Hebammen übersteigt die verfügbaren Kräfte deutlich**: Geburtenstationen bleiben geschlossen oder werden nur eingeschränkt betrieben, weil Personal fehlt. Auch in diesen Punkten hat der Koalitionsvertrag klar gegenteiliges versprochen: eine Erhöhung der Kapazitäten in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens. (1)

Absehbarer Personalmangel gefährdet Fortführung der beschlossenen Zahnmedizinstudium-Reform

Die **Zahnmedizin**, die neben der Gewährleistung der Lehre, als einzelnes Zentrum auch einen gänzlich eigenen klinischen Bereich zu tragen hat, wird mit einer angedachten Kürzung von 25 Prozent der Studienplätze in ihrer grundlegenden Handlungsfähigkeit bedroht. Aufgrund des hohen Anteils befristeter Beschäftigungen käme es zu einem **Rückgang des Personals um deutlich mehr als ein Viertel**. Die Umsetzung der politisch gewollten, neuen zahnärztlichen Approbationsordnung brachte die Lehrplanung aber bereits mit den bisherigen Kapazitäten an ihre Grenzen. Dies alles führt nicht nur zu einem Qualitätsverlust und Einschränkung für die Studierenden: Eine Einsparung zahnmedizinischer Ausbildungsplätze ist gleichbedeutend mit einer geringeren **Leistungsfähigkeit der universitären Zahnklinik** - jenem Dienstleister, der die anspruchsvollsten, aber auch sozial schwächsten Patient*innen in Berlin mit kostengünstiger zahnmedizinischer Versorgung absichert. Kann es gewollt sein, die Lücken im Berliner Haushalt mit der Zahngesundheit der Schwächsten in unserer Gesellschaft zu stopfen?

Zwei-Klassen-Medizin durch Rückzug des Staates

In der Humanmedizin, dem größten Studiengang der Charité, hinterlassen Streichungen von zehn Prozent der Studienplätze ein **Vakuum für Studienplatzbewerber*innen in Berlin**, welches zunehmend **durch private Universitäten gefüllt** wird. Dies beobachten wir mit größter Sorge als sich entwickelnde Zwei-Klassen-Ausbildung, nicht nur wegen der hohen Zugangskosten, die zu einer sozialen Selektion führen, sondern auch wegen der fehlenden einheitlichen Qualitätskontrolle. In einer Situation, in der die Nachfrage das Angebot an Studienplätzen um ein Vielfaches übersteigt, wächst der Druck auf junge Menschen, für einen Studienplatz in der Zahn- oder Humanmedizin **hohe finanzielle Belastungen in Kauf zu nehmen – selbst dann, wenn die Qualität der Ausbildung fraglich ist**. Dieser Entwicklung muss das Land Berlin entschieden entgegentreten. Es trägt die Verantwortung dafür, dass der Zugang zur medizinischen Ausbildung nicht von Einkommen oder Zufall abhängt. Der **Schutz staatlicher Studienplätze** ist hierfür ein klares Bekenntnis – zu Qualität, Verlässlichkeit und sozialer Chancengerechtigkeit in der Ausbildung der Ärzt*innen von Morgen.

Soziale Infrastruktur für Studierende wird ausgehöhlt

Das **Studierendenwerk Berlin ist die zentrale Säule der sozialen Infrastruktur** von Studierenden. Auch diese Institution ist leider von Kürzungen in Höhe von 6,55 Millionen Euro betroffen, womit die **Grundversorgung zahlreicher Kommiliton*innen riskiert** wird, durch das Sparen an Wohnheimplätzen, bezahlbaren und gesunden Mahlzeiten sowie Beratungsangeboten. Insbesondere Studierende mit sozial schwächerem Hintergrund sind davon existenziell bedroht. Zur Deckung der Lebenshaltungskosten in Berlin sind Studierende zunehmend auf Nebeneinkünfte angewiesen und können sich dadurch nicht mehr mit voller Aufmerksamkeit auf ihre akademischen Leistungen konzentrieren. Durch die Kürzungen wird der **bereits bestehende Sanierungsstau mit voller Kraft ausgebaut**, was für viele Studierende bedeutet unter prekären Bedingungen oder im Zweifel gar nicht zu studieren. Diese Entwicklung widerspricht direkt dem 2023 durch die Landesregierung eigens gesetzten Anspruchs auf Chancengleichheit und gefährdet die soziale Durchlässigkeit in Berlins Hochschulen. (1,3)

Im Namen der angehenden Ärzt*innen, Zahnärzt*innen und Hebammen an der Charité bitten wir Sie um **Augenmaß bei den aktuellen Verhandlungen und Beschlüssen der Hochschulverträge** und bauen auf die Versprechen, mit denen Sie in die Legislatur gestartet sind.

Wir appellieren an Sie von weiteren Kürzungen abzusehen und die Finanzierung der Charité auf einem Niveau zu sichern, das einer modernen und patient*innennahen Medizin gerecht wird.

Mit besten Grüßen

Im Namen der Fachschaftsinitiative Medizin an der Charité – Universitätsmedizin Berlin:

Sprechende der Fachschaftsinitiative Medizin

&

Studentische Beiräte am Prodekanat für Studium und Lehre

Im Namen der Studierendenvereinigung Zahnmedizin Berlin e.V.:

Vorsitzender der Studierendenvereinigung Zahnmedizin

Im Namen der Fachschaftsinitiative Angewandte Hebammenwissenschaften:

Sprechende der Fachschaftsinitiative
Angewandte Hebammenwissenschaften

Querverweise: alle zuletzt abgerufen am 22.07.2025

1. https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senat/koalitionsvertrag/
2. https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1380915.php
3. https://www.spiegel.de/start/berlin-sanierungsbedarf-zwingt-studierende-zum-auszug-aus-wohnheim-a-2b218e54-c147-450c-8719-a607a781284f